

HOCHSCHULREFORM

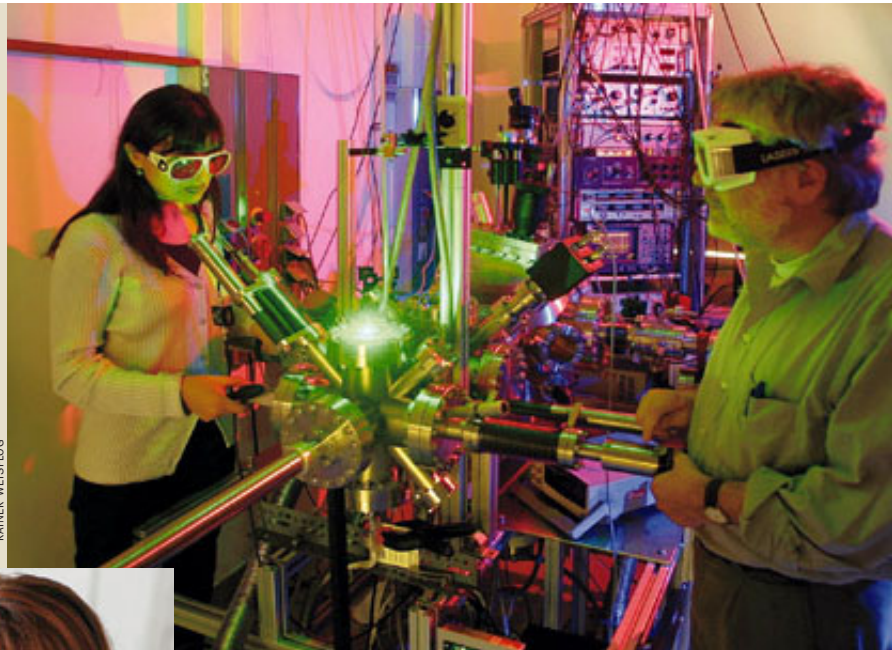
„Alptraum für die Wissenschaft“

Ein unbeabsichtigter Nebeneffekt des Urteils zur Juniorprofessur versetzt Bundesregierung und Universitäten in Alarm. Mit den Nachwuchsstellen hatte das Bundesverfassungsgericht vor fünf Wochen gleich die gesamte 5. Novelle des Hochschulrahmengesetzes von Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn (SPD) gekippt. Damit könnten plötzlich Tausende befristet angestellte wissenschaftliche Mitarbeiter deutscher Hochschulen ein Anrecht auf dauerhafte Beschäftigung haben. Die Gewerkschaften Erziehung und Wissenschaft (GEW) und Ver.di fordern Betroffene auf, gegenüber den Universitätsverwaltungen darauf zu pochen, dass „durch die höchstrichterliche Rechtsprechung ein unbefristetes Arbeitsverhältnis zu Stande gekommen“ sei.

Auf die Hochschulen kämen dadurch erhebliche Kosten zu, zudem wären Nachwuchsstellen auf Jahre hinaus blockiert. Ein „Alptraum für die Wissenschaft“, urteilt der Geschäftsführer des Deutschen Hochschulverbands, Michael Hartmer. Ministerin



Bulmahn



Forscher in einem Universitätslabor (in Cottbus)

Bulmahn hat dem Bundesrat bereits Vorschläge für eine Blitz-Novelle des Gesetzes vorgelegt. Doch die unionsgeführten Länder wollen erst am 30. September darüber beraten. Den Universitäten ist das zu spät. Noch diese Woche will die Hochschulrektorenkonferenz beim Verfassungsgericht um klärende „Hinweise“ zur Auslegung seines Urteils nachsuchen.

BÜRGERVERSICHERUNG

SPD will Beiträge senken

Mit der Einführung einer Bürgerversicherung will die SPD die Krankenkassenbeiträge in den nächsten Jahren um bis zu 1,8 Prozentpunkte senken. Das geht aus dem Konzept der zuständigen Partei-Arbeitsgruppe hervor, über den der SPD-Vorstand am vergangenen Wochenende beraten hat. Danach sollen Beamte und Selbstständige schrittweise in die gesetzliche Krankenversicherung einbezogen und alle freiberuflichen Einkünfte beitragspflichtig werden. Um Zinsen und Dividenden in die Finanzierung der Krankenkassen einzubeziehen, sieht das Konzept zwei Varianten vor: Entweder sollen alle Versicherten einen separaten Beitrag auf Kapitaleinkünfte entrichten, oder die Finanzämter ziehen einen siebenprozentigen Steuerzuschlag auf Zinseinkünfte ein. In der zweiten Variante steigen die Einnahmen der Krankenkassen bereits im ersten Jahr um rund zehn Milliarden Euro. In der ersten Variante fließen den Krankenkassen zunächst sieben Milliarden und später ebenfalls zehn Milliarden Euro zu. Damit belastet das Konzept vor allem Selbstständige mit hohen Kapitaleinkünften. Arbeitnehmerhaushalte profitieren, solange ihr Geld- und Wertpapiervermögen nicht über 260 000 Euro liegt.

AUSLANDSEINSATZ

Kampftruppen statt Aufbauhelfer

Das deutsche Wiederaufbauteam im afghanischen Faizabad wird vorerst nur aus Kampftruppen bestehen. Deutsche Hilfsorganisationen sowie das notorisch klamme Entwicklungshilfeministerium lehnen einen Einsatz im Drogenanbau-

gebiet bislang ab. Mangels ziviler Helfer sollen im September zunächst 65 Infanteristen aus der Nato-geführten Isaf-Truppe von Kabul nach Faizabad verlegt werden, um die Präsidentschaftswahlen am 9. Oktober zu sichern. Erst danach wird das eigentliche Aufbauteam mit 85 Mann Quartier beziehen. Offen ist jedoch, was die Soldaten den Winter über in der Provinzstadt tun sollen. Die Militärs haben zwar durchaus Ideen für die zivil-

militärische Zusammenarbeit – aber nicht die nötigen Finanzmittel zur Umsetzung. Das Dilemma könnte Verteidigungsminister Peter Struck (SPD) in die Bredouille bringen: Das Bundestagsmandat für den Einsatz in Nordost-Afghanistan läuft im Oktober aus. In der CDU/CSU-Opposition mehren sich nun kritische Stimmen, die eine Mandatsverlängerung gefährden könnten. „Nur präsent zu sein“, ließen Fachleute Struck bereits wissen, „reicht als Auftrag nicht aus.“



Deutsche Soldaten in Kabul